

# vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES NORDRHEIN-WESTFALEN



Vor einem Jahr begann der Politikwechsel in NRW: Hannelore Kraft bei ihrer Vereidigung im Landtag

## LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

vor gut einem Jahr haben SPD und Bündnis90/Die Grünen in NRW den Politikwechsel für bessere Bildung, soziale Gerechtigkeit und ökonomisch-ökologische Verantwortung eingeleitet. Mit der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages und der Bildung einer Minderheitsregierung haben wir eine mutige Entscheidung für unser Land getroffen. Sie hat sich als richtig erwiesen. Die rot-grüne Koalition in NRW ist handlungsfähig. Wir haben für unsere zentralen Projekte im Landtag eine Mehrheit erhalten. Die Verabschiedung des Haushalts 2011 war dabei besonders wichtig. Denn nun können wir unsere erfolgreiche und verantwortungsvolle Politik für unser Land fortsetzen.



Foto: Uta Wagner

Unter Schwarz-Gelb sind fünf Jahre lang viele wichtige Projekte liegen geblieben oder in die falsche Richtung gelaufen. Durch uns ist nun endlich Schluss mit „Privatvor-Staat“. Wir haben in den vergangenen zwölf Monaten Wort gehalten und unseren Ankündigungen Taten folgen lassen. Die Menschen können sich auf uns verlassen. Die Abschaffung der Studiengebühren zum kommenden Semester, die Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr, die Qualitätsverbesserungen in den Kitas, der Ausbau der U3-Bereuung, die Stärkung der Mitbestimmung oder die Millionenhilfen für notleidende Kommunen sind: Das sind nur einige Maßnahmen, die Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen umgesetzt hat. Sie alle sind ein wichtiger Beitrag, um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu sichern.

Wir stehen für mehr soziale Gerechtigkeit, für mehr Investitionen in Kinder und Bildung. Die SPD will eine vorbeugende Politik nach dem Grundsatz: „Wir lassen kein Kind mehr zurück“. Eine Politik, die allen Menschen in NRW beste Chancen ermöglicht. Wir stehen für gute Arbeit. Wir wollen die Umwelt schützen und zugleich die Wirtschaft stärken. Wir sind die Kommunalpartei. Die SPD in NRW steht für starke und handlungsfähige

Städte und Gemeinden. Wir wollen unseren Weg der Erneuerung für NRW auch im zweiten Regierungsjahr konsequent weitergehen. Die drei großen Projekte der kommenden Monate sind sicherlich das Tarifreuegesetz, das Integrationsgesetz und vor allem das Schulgesetz.

Wir wollen im Landtag eine breite Mehrheit für einen tragfähigen und langjährigen Schulkonsens erreichen. Das ist im Interesse der Lehrerinnen und Lehrer, der Eltern, der Schülerinnen und Schüler und auch im Interesse der Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Wir haben unsere Bereitschaft dazu mehrfach erklärt und mit allen wichtigen bildungspolitischen Akteuren und Institutionen im Rahmen der Bildungskonferenz eine gute gemeinsame Grundlage geschaffen. Nun muss sich vor allem die CDU bewegen und ihren Beitrag für einen dauerhaften Schulfrieden in unserem Land leisten. Das ist auch deshalb so wichtig, weil die Menschen in NRW erwarten, dass die Politik an diesem wichtigen Punkt im Sinne der Sache entscheidet und den langjährigen Parteienstreit endlich überwindet.

Ich wünsche Euch allen einen erholsamen und sonnigen Sommer!

Eure Hannelore

### TERMINHINWEIS:

## KONFERENZ DER ORTSVEREINE DER NRWSPD IM RUHR-CONGRESS BOCHUM

Am Samstag, 16. Juli 2011, lädt die NRWSPD zur Konferenz der SPD-Ortsvereine in Nordrhein-Westfalen ein. Im Mittelpunkt der Konferenz sollen die Vorschläge des Parteivorstandes zur Parteireform stehen. Eingeladen sind neben allen OV-Vorsitzenden und OV-KassiererInnen in NRW auch die Stadtverbandsvorsitzenden und StadtverbandskassiererInnen sowie der Landesvorstand der NRWSPD.

Unsere Landesvorsitzende Hannelore Kraft wird die Konferenz eröffnen. Im Anschluss an die Plenumsdebatte wollen wir in zwei Arbeitsgruppen zum Thema „Mitgliederpartei SPD stärken“ und den Themen „Finanzen und Serviceangebote der SPD verbessern“ diskutieren. Die Arbeitsgruppen werden von Michael Groschek, Generalsekretär der NRWSPD und Mitglied in der Organisationspolitischen Kommission des Parteivorstandes sowie Norbert Römer, Schatzmeister der NRWSPD, geleitet.

Die Anmeldung für die Ortsvereins- und Stadtverbandsvorsitzenden sowie die KassiererInnen findet sich auf unserer Webseite unter: <http://www.nrwspd.de/ov-vorsitzendenkonf2011>.

**Samstag, 16. Juli 2011 ab 11.00 Uhr im RuhrCongress Bochum  
Stadionring 20  
44791 Bochum**



## WENIGER GEBÜHREN – MEHR QUALITÄT

von Heike Gebhard

**D**ie Startchancen von Kindern sind sehr unterschiedlich. Der schulische Erfolg wie auch die gesundheitliche Entwicklung hängen, wie zahlreiche Studien belegen, in Deutschland sehr stark von der sozialen Herkunft ab. Noch im März diesen Jahres machte eine Prognos-Studie deutlich, welche sozialen Folgekosten für die Gesellschaft entstehen, wenn man jungen Familien nicht frühe Hilfen und den Kindern frühe Förderung zukommen lässt. Daher sind Investitionen in gute frühkindliche Bildung besonders wichtig. Gute frühkindliche Bildung ist wirksame Prävention. Zu ihr gibt es keine Alternative.

Dazu brauchen wir gute Rahmenbedingungen für die frühe Bildung. Das Kinderbildungsgesetz (KiBiz), welches CDU und FDP in der vergangenen Legislaturperiode verabschiedet haben, leistet dies nicht. Zu Recht ist daher die Kritik an diesem Gesetz bis heute nicht verstummt. Rot-Grün hat damit begonnen dieses Gesetz in zwei Stufen zu ändern. In der

ersten Stufe wird festgelegt, dass Eltern ab dem 1. August 2011 für das letzte Kindergartenjahr keine Beiträge mehr zahlen müssen. Denn zu guten Rahmenbedingungen gehört auch, dass Bildung gebührenfrei ist. Kindertageseinrichtungen sind Bildungseinrichtungen. Es ist daher nicht einzusehen, dass die Kosten für Bildungseinrichtungen einseitig von Familien getragen werden. Damit werden aber auch die Kommunen entlastet, da das Land – über die tatsächlich geleisteten Elternbeiträge hinaus – einen höheren Ausgleich an die Kommunen zahlt. Dieses Geld kann dann zusätzlich in die Qualität der Einrichtungen investiert werden.

Folgende Änderungen werden mit dieser ersten Stufe darüber hinaus vorgenommen:

- > zusätzliche Mittel für Ergänzungskräfte für Gruppen mit Kindern unter drei Jahren.
- > landesweite Sonderförderung von 1.000 zusätzlichen BerufspraktikantInnen.
- > Stärkung von Familienzentren.
- > Stärkung der Elternmitwirkung.
- > Verbesserungen für Kinder mit Behinderung.

Insgesamt stehen dafür 142 Millionen im Haushalt 2011 zur Verfügung. Darüber hinaus wird eine Investitionsoffensive für den Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren mit 100 Millionen Euro in 2011 gestartet.

Neben dem Einstieg in die Beitragsfreiheit, verbessern wir die Personal- und Ausbildungssituation, schärfen das Profil von Familienzentren in



**Heike Gebhard Mdl., stellv. Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion**

sozialen Brennpunkten, sorgen für eine bessere Anerkennung und Förderung der Kinder mit Behinderungen und schaffen eine gute Grundlage für die Elternmitbestimmung. Damit sehen wir unser Programm aber noch lange nicht als umgesetzt an, sondern nehmen gleich die zweite Phase in Angriff. Hier kommen insbesondere das Finanzierungssystem und die Sprachförderung auf den Prüfstand. ■



**Veith Lemmen, Landesvorsitzender der NRW Jusos**

## STARK: WEG SIND DIE GEBÜHREN!

von Veith Lemmen

**I**m Juli kann man in den Hochschulstädten in NRW oft einen befremdlichen Umgang der Studierenden mit ihrem Briefkasten feststellen. Gerne wird ein großer Bogen darum gemacht und das gute Stück quillt über, denn alle wissen: Ein Blick hinein kann teuer werden. Denn im Juli kommen die Beitragsbescheide der Hochschulen. Das bedeutet meistens: bis zu 200 Euro Beiträge und zusätzlich 500 Euro Studiengebühren müssen gezahlt werden. Da kommen viele Studierende sehr in Bedrängnis!

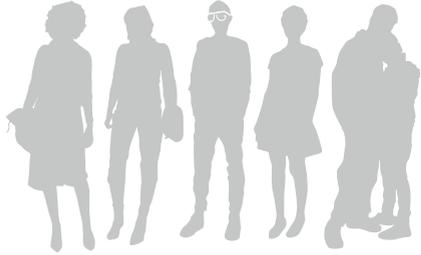
Doch halt! „Kamen sehr in Bedrängnis“ muss es eigentlich heißen. In diesem Jahr entfällt das Ritual nämlich endlich. Denn die NRWSPD hat die Studiengebühren in NRW zum beginnenden Wintersemester abgeschafft! Mit freundlicher und bestimmter Unterstützung der NRW Jusos und unter Vorlage eines Gesetzes durch unsere Wissenschaftsministerin Svenja Schulze, möchte ich ergänzen. Fakt ist: Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, wo wir es gemeinsam deutlich allen in unserem Bundesland sagen müssen: Es war die Sozialdemokratie, die dafür gesorgt hat, dass nun mehr junge Menschen ein

Studium aufnehmen können und sich nun nicht mehr verschulden müssen! Darauf können wir stolz sein und es laut sagen. Allen Studierenden, allen Schülerinnen und Schülern, allen Eltern und Großeltern. Wir sorgen für ein Bildungssystem, in dem Chancengleichheit wieder großgeschrieben und die Lehre zusätzlich verbessert wird. Und ich sage euch: Das wirkt und bringt viele Verbesserungen!

Ich selbst kann es immer noch nicht fassen und werde wenn der Bescheid kommt (ich kann es kaum erwarten!) wohl jubelnd eine Juso-Fahne vorm Briefkasten schwenken. Jahrelang haben wir alle gegen die unsozialen Gebühren gekämpft und dann wurde die Abschaffung beschlossen. Ich habe Tage gebraucht, um das überhaupt zu fassen und freue mich immer noch riesig! Jetzt werden es auch die Studierenden erstmalig am eigenen Leib merken, welche Last wir ihnen genommen haben. Sie alle müssen mit der Abschaffung unsere Partei verbinden. Und keine Frage: Die Gebührenfreiheit ist wichtig in allen Bildungsbereichen. Deshalb bleiben wir dran, schaffen die Gebühren für das letzte KiTa-Jahr ab und kämpfen für komplette Gebührenfreiheit! Denn das ist es, was wir Sozis unter Bildungsgerechtigkeit verstehen und das ist ein wichtiger Teil der vorsorgenden Politik, die auch Hannelore Kraft immer zu Recht predigt und die NRW wieder an die Spitze bringen wird nach fünf dunklen schwarz-gelben Jahren. Sau stark! ■

# WICHTIGE JUGENDPROGRAMME ERHALTEN!

von Stefan Schwartze



**D**ie Bundesregierung kürzt bei wichtigen Jugendprogrammen und lässt die jungen Menschen in unserem Land wieder einmal im Regen stehen. Konkret geht es um die Programme „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ und „Kompetenzagenturen“. In Nordrhein-Westfalen sind davon 34 Koordinierungsstellen „Schulverweigerung“ und 46 „Kompetenzagenturen“ betroffen.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert den Erhalt der Maßnahmen, denn beide sind außergewöhnlich erfolgreich, weil es sich um Programme der aufsuchenden Sozialarbeit handelt. Sie ermöglichen jungen

Menschen einen Schulabschluss, bringen sie in den Job oder in eine Berufsausbildung. Sie haben gemeinsam fast 400 Standorte in Deutschland und erreichen 40.000 junge Menschen.

Für September 2011 werden beide Programme neu ausgeschrieben. Für die neue Programmphase von 2011–2013 hatte die Bundesregierung zunächst nur noch 40 Millionen Euro, dann 50 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) vorgesehen. Nach enormen Protesten stellte die Bundesregierung am 31. Mai 2011 ESF-Mittel in Höhe von 80 Millionen Euro in Aussicht. Damit scheint sie die geplanten Kürzungen weiter abgemildert zu haben. Dennoch kürzt die Bundesregierung den jahresdurchschnittlichen Fördermittelbetrag für beide Programme um insgesamt 13 Millionen Euro pro Jahr, beziehungsweise um 28 Prozent.

In der Konsequenz bedeutet dies, dass entweder die Anzahl der Standorte oder die Qualität der Arbeit vor Ort gefährdet ist. Länder und Kommunen allein können die drohende Finanzierungslücke nicht auffangen. Die Programme jetzt zu kürzen ist schlichtweg der falsche Weg. Immer noch verlassen jährlich mehr als 70.000 Schülerinnen und Schüler die Schulen ohne Abschluss und immer noch benötigen viele junge Menschen Hilfe beim Übergang von der Schule in den Beruf.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, die geplanten Kürzungen zurückzunehmen und mindestens 112 Millionen Euro aus ESF-Mitteln zur Verfügung zu stellen. Die Anzahl der Standorte soll



Stefan Schwartze MdB

erhalten bleiben. Eine weitere wichtige Forderung ist, dass die Möglichkeit der Kofinanzierung aus Bundesmitteln des SGB II und des SGB III erhalten bleibt. Die Bundesregierung will diese ab 1. Januar 2012 einstellen. ■

**DIE NRWSPD  
GRATULIERT  
IM JULI ...**

**... ZUM GEBURTSTAG**

**101 Jahre**

Maria Wichterich

**100 Jahre**

Hans Flick

**98 Jahre**

Horst Oberueber  
Margarete Brinkmann

**97 Jahre**

Gustav Sisenop  
Elisabeth Leifer  
Gerda Trenk  
Paula Nolting

**96 Jahre**

Erna Hagedorn  
Hildegard Richter  
Irma Schulz  
Liselotte Ohnesorge  
Rotraud Meyer  
Adolf Wehrheim

**95 Jahre**

Hans Bremenkamp  
Rudolf Ruppenthal  
Karl Deißner  
Elfriede Skulima  
Hildegard Puchert

**... ZUR LANGJÄHRIGEN  
MITGLIEDSCHAFT**

**65 Jahre**

Erika Reimers  
Fritz van Rheinberg

**60 Jahre:**

Karl-Heinz Presch  
Helga Kröger

**55 Jahre**

Martin Knull

**50 Jahre**

Hans Boffo  
Heiner Gähner  
Klaus Schwarzbach  
Heinrich Spangenberg  
Willi Spanier  
Manfred Schmidt

## TARIFTREUEGESETZ – FÜR ARBEITNEHMER, UNTERNEHMEN UND KOMMUNEN

von Rainer Schmeltzer

**D**er von der Landesregierung beschlossene Referentenentwurf eines Tariftreuegesetzes soll Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein Mindesteinkommen sichern, die redlichen Unternehmen vor illegitimen Wettbewerbsnachteilen schützen und die Kommunen von Soziallasten entlasten.

Durch die bisherige Praxis bei der Vergabe öffentlicher Aufträge kamen nicht selten Anbieter mit Billiglöhnen zum Zuge. Dies hatte oftmals zur Folge, dass heimische, tariftreue Unternehmen Aufträge nicht bekamen und Arbeitnehmer wegen der niedrigen Bezahlung zu Aufstockern wurden. Damit trägt der Staat selbst zur Verzerrung des Wettbewerbs zu Lasten tariftreuer Unternehmen und zur Erosion von Löhnen und Tarifbindungen bei.

Fast jeder fünfte abhängig Beschäftigte bundesweit arbeitet für einen Stundenlohn unter 8,50 Euro. Über eine Million Erwerbstätige sind bundesweit auf zusätzliche Hartz-IV-Leistungen angewiesen. Diese Leistungen werden in der Regel von den Kommunen erbracht.

Dies hat die abgewählte schwarz-gelbe Landesregierung durch Abschaffung des alten Tariftreuegesetzes billigend in Kauf

genommen. Im Koalitionsvertrag für NRW haben SPD und Grüne ein europarechtskonformes Tariftreuegesetz verabredet, das nun noch vor der Sommerpause in den Landtag eingebracht werden wird.

Der Gesetzentwurf setzt bei einem Auftragswert von 20.000 Euro an. Für die vereinbarten Branchen nach dem Entsendegesetz gilt der jeweilige branchenspezifische Mindestlohn. Für den ÖPNV/SPNV wird eine umfassende Tariftreueerklärung verlangt, die sich auf einen repräsentativen Tarifvertrag bezieht. Für die übrigen Branchen bei der öffentlichen Auftragsvergabe gilt ein vergabespezifischer Mindestlohn von 8,62 Euro/Stunde. Die Höhe dieses Mindestlohns basiert auf der untersten Lohngruppe des Tarifvertrages der Länder. Unter Berücksichtigung der sozialen und ökonomischen Entwicklung wird ein beratender Ausschuss den vergabespezifischen Mindestlohn zukünftig jährlich anpassen. In der Form, wie es die Sozialdemokraten auch schon für einen flächendeckenden Mindestlohn vorgeschlagen haben.

Das Gesetz gilt für Leiharbeiter ebenso wie für Nachunternehmen. Es berücksichtigt die Aspekte des Umweltschutzes und der Energieeffizienz, der Frauenförderung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

Eine Prüfgruppe beim Wirtschaftsministerium wird die Kommunen bei den Kontrollen zur Einhaltung dieses Gesetzes entlasten. ■



**Rainer Schmeltzer Mdl, stellv. Fraktionsvorsitzender der NRWSPD**



## 1.000 SPD-LUFTBALLONS AUS DEM UB KREIS KLEVE IN NAMIBIA GELANDET

**N**atürlich flogen die 1.000 Luftballons, die der SPD Unterbezirk Kreis Kleve den Kindern in Namibia gespendet hatte, nicht selbst, sondern wurden mit dem Flugzeug geliefert. Nachdem sie aber ihr Ziel nach einer Reise von mehr als 8.000 Kilometern erreicht hatten, lösten sie unter den Kindern einer Missionsschule im Osten Namibias große Freude aus. In Zusammenarbeit mit dem Verein „Afrodent-Hilfe e.V.“, in dem

sich auch die Zahnärzte Dr. Cornelia Leuer-Fischer und Dr. Joachim Fischer aus Kleve engagieren, wurden die roten Ballons verteilt und von den Kindern fröhlich in Empfang genommen. Der Verein setzt sich seit 1994 für die Verbesserung der Zahngesundheit in den Staaten Afrikas ein. „Die Luftballons für die Kinder sollen die ungewohnte Zahnbehandlung erleichtern“, so die engagierten Zahnärzte vom Niederrhein. ■

### IMPRESSUM

**HERAUSGEBER:** Bernd Neuendorf, SPD-Landesverband NRW, Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf |  
**REDAKTION:** Christian Obrok | **E-MAIL:** vorwaerts@nrwspd.de | **INTERNET:** www.nrwspd.de